



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Kantonsbudget 2017: Jetzt ist echtes Sparen angesagt

Liebe Leserinnen und Leser

Dem Aargauer Staatsbudget droht für 2017 ein Defizit. Ursache dafür ist das übermässige Ausgabenwachstum der letzten Jahre. Von 2006 bis 2015 ist der bereinigte Aufwand des Kantons Aargau real pro Einwohner um gut 1000 Franken gestiegen, von knapp 6000 auf mehr als 7000 Franken. Die Einnahmen dagegen sind «nur» um 800 Franken gewachsen. Diese ungesunde Entwicklung kritisieren wir seit Jahren. Trotzdem wurde das Ausgabenwachstum bestenfalls einmal etwas reduziert, wirklich gespart wurde aber nicht. Ausgaben senken ist jetzt aber Pflicht. Steuererhöhungen sind der falsche Weg. Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt – wie das in privaten Unternehmen gang und gäbe ist. Andernfalls drohen zusätzliche finanzielle

Belastungen für die Wirtschaft, welche für viele Unternehmen nicht mehr tragbar wären. Für den zwingend notwendigen Budgetausgleich muss der Kanton jetzt auf Aufgaben verzichten und seinen Personalbestand senken. Hier ist in erster Linie anzusetzen und nicht bei wenig ergiebigen Massnahmen, welche alle vom Kanton Beschäftigten treffen. Seit 2008 hat die Anzahl der Staatsstellen (Vollzeitstellen inkl. Lehrpersonal) um ein Viertel auf 12 113 zugenommen. Eine Reduktion um mindestens 3 Prozent ist unumgänglich.

Geben Sie bei den kommenden Wahlen für Regierungsrat und Grossen Rat jenen Kandidierenden Ihre Stimme, welche sich für einen schlanken und finanziell gesunden Staat einsetzen.

«AHVplus»: Gefährlich, teuer und verantwortungslos

Am 25. September stimmen wir über die Eidgenössische Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» ab. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verlangt einen Zuschlag von 10 Prozent auf sämtlichen AHV-Altersrenten, ohne sich zur Finanzierung dieses Zuschlages zu äussern. Mit diesem verantwortungslosen Begehren gefährden die Gewerkschaften unser wichtigstes Sozialwerk, die AHV. Die Antwort auf «AHVplus» muss daher NEIN lauten. > [Seite 54](#)

NEIN zur Initiative «Grüne Wirtschaft»

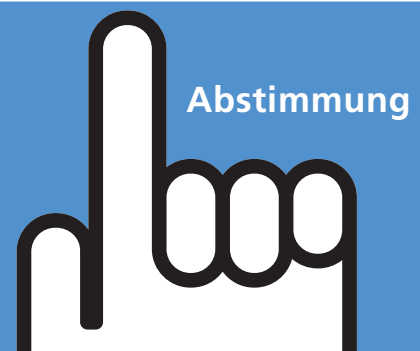
Am 25. September 2016 stimmen wir über die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ab. Eine Annahme der Vorlage hätte einen abrupten Strukturwandel zur Folge: Unternehmen und Konsumenten müssten ihren Ressourcenverbrauch radikal senken – um mehr als 60 Prozent bis ins Jahr 2050. Für eine derart extreme Vorlage hat die AIHK nur vier Buchstaben übrig: N E I N. > [Seite 56](#)

Sharing Economy: Verdienen durch teilen

Sharing Economy ist heute in aller Munde. Zu den berühmtesten Vertretern gehören der Fahrdienstvermittler Uber und der Unterkunftsvermittler Airbnb. Mit dem Erfolg solcher Unternehmen sind einzelne Branchen zusätzlich unter Druck geraten. Entsprechend laut ist der Ruf nach Regulierung. Ein Blick über die Grenzen zeigt, wie unterschiedlich die Regulierungsbemühungen sind. > [Seite 58](#)

Serie: Bundesparlamentarier im Duett befragt

Seit dem letzten Herbst, als der Aargau seine Vertreterinnen und Vertreter für den National- und Ständerat gewählt hat, sind bereits einige Monate vergangen. Zeit, um den gewählten Politikerinnen und Politikern auf den Zahn zu fühlen: Im Rahmen einer Serie bittet die AIHK jeweils zwei Aargauer Bundesparlamentarier zum Direktvergleich. Heute im Fokus sind Ruth Humbel von der CVP und Ulrich Giezendanner von der SVP. > [Seite 60](#)



Volksabstimmungen vom 25. September 2016

Der AIHK-Vorstand hat folgende Parolen beschlossen:

Bund:

Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»	NEIN
Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»	NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst	*

* Über die Parolenfassung zu dieser Vorlage beschliesst der Vorstand an seiner August-Sitzung

www.aihk.ch/abstimmungen